

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderät*innen Mag. Dolores Bakos, BA (NEOS), Thomas Weber (NEOS), Peter Florianschütz, MA, MLS (SPÖ), Mag.a Dr.in Ewa Samel (SPÖ), Nikolaus Kunrath (GRÜNE), Mag. Berivan Aslan (GRÜNE), Mag. Caroline Hungerländer (ÖVP), Hannes Taborsky (ÖVP) und Maximilian Krauss, MA (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Tibet nicht vergessen – Unterstützung für die Rechte des tibetischen Volkes und Bewahrung ihrer kulturellen Identität

Tibet, eine Region im Herzen Asiens, hat seit jeher eine einzigartige kulturelle und religiöse Identität. Seine Geschichte ist geprägt von einem tiefen buddhistischen Glauben und einer reichen Tradition, die sich in seiner Kunst, Musik, Literatur und Architektur widerspiegelt. Die friedliche Natur des tibetischen Buddhismus, angeführt vom Dalai Lama, hat weltweit Anerkennung und Bewunderung gefunden.

Die Situation in Tibet änderte sich jedoch dramatisch nach 1950, als die Volksrepublik China die Kontrolle über das Gebiet übernahm und das Gebiet mit Gewalt okkupierte. Diese Übernahme führte zu weitreichenden Veränderungen in der politischen, sozialen und kulturellen Landschaft Tibets. Die chinesische Regierung implementierte eine Reihe von Maßnahmen und zwang der Bevölkerung eine Reihe von Maßnahmen auf, die darauf abzielten, die tibetische Kultur auszulöschen und die Ausübung der buddhistischen Religion einzuschränken. Klöster wurden zerstört, religiöse Praktiken verboten, und der freie Ausdruck der tibetischen Identität wurde stark eingeschränkt.

Die folgenden Jahrzehnte waren für das tibetische Volk von großer Unterdrückung und Leid geprägt. Berichte über Menschenrechtsverletzungen, wie willkürliche Verhaftungen, Folter und Beschränkungen der Meinungs- und Religionsfreiheit, wurden regelmäßig von internationalen Menschenrechtsorganisationen dokumentiert. Trotz internationaler Aufmerksamkeit und der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Dalai Lama im Jahr 1989 blieb die Lage in Tibet prekär.

Weiterhin strebt die chinesische Regierung aktiv an, die kulturelle Identität der Tibeter:innen zu untergraben. Dies geschieht etwa im Rahmen eines Systems von erzwungenen Internaten, in denen nach Berichten von Menschenrechtsorganisationen momentan drei von vier tibetischen Kindern im Alter von 6 bis 18 Jahren untergebracht sind. In diesen Einrichtungen werden die Kinder von ihren Eltern getrennt und in eine völlig fremde Umgebung gebracht. Der Lehrplan konzentriert sich auf die politische Beeinflussung der Kinder, und sie erhalten ausschließlich Unterricht in Mandarin-Chinesisch, was dazu führt, dass die tibetischen Schüler:innen nicht mehr in der Lage sind, sich mit ihren tibetischen Eltern in ihrer Muttersprache zu verständigen. Diese Vorgehensweise steht im klaren Widerspruch zu den Bestimmungen der UN-Kinderrechtskonvention, die auch von China ratifiziert wurde.

Die tibetische Diaspora, die über die ganze Welt verstreut ist und auch in Österreich und Wien eine Heimat gefunden hat, setzt sich für die Sache Tibets ein und versucht, das Bewusstsein für die Situation in ihrer Heimat zu schärfen. Sie fordert die Achtung der Menschenrechte, den Schutz der einzigartigen tibetischen Kultur und Religion sowie mehr Autonomie innerhalb Chinas.

Die Stadt Wien, als ein Zentrum des internationalen Dialogs und der Menschenrechte, hat die Möglichkeit und die moralische Verantwortung, ihre Stimme in dieser wichtigen Angelegenheit zu erheben. Durch den Ausdruck von Solidarität mit dem tibetischen Volk und das Eintreten für ihre Rechte, kann Wien ein Zeichen setzen und einen Beitrag zur Förderung der Menschenrechte und der Bewahrung der kulturellen Vielfalt leisten.

Die gefertigten Gemeinderätinnen und Gemeinderäte stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

Beschluss- (Resolutions-) Antrag:

Als Stadt, die sich für Menschenrechte und internationalen Dialog einsetzt, bekräftigt Wien seine Unterstützung für die universellen Menschenrechte und betont die Bedeutung der Wahrung kultureller Identitäten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker. In diesem Zusammenhang drückt der Wiener Gemeinderat seine tiefe Besorgnis über die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in Tibet aus. Der Gemeinderat fordert die österreichische Bundesregierung und die internationale Gemeinschaft auf, sich für die Wahrung der Menschenrechte in Tibet einzusetzen. Weiterhin unterstützt der Gemeinderat die friedlichen Bemühungen des tibetischen Volkes um die Bewahrung ihrer kulturellen Identität und ihr Selbstbestimmungsrecht.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.